

Bedarf an Pflegefachkräften im Kanton Freiburg

Anfrage

Das Gesundheitswesen in der Schweiz steht vor grossen Herausforderungen: Demografische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen führen dazu, dass der Bedarf an Pflegefachkräften in den kommenden Jahren markant ansteigen wird. Das Schweizerische Gesundheitsobservatorium (Obsan) errechnet, dass der Bedarf an Fachpersonen für Pflege und Therapie von heute 174 000 auf 196 000 im Jahr 2020 und auf 226 000 im Jahr 2030 steigen wird. Der Bund prognostiziert vor allem in der Alterspflege einen alarmierenden Personalmangel. Um diese Herausforderung zu meistern, sind Bund und Kantone in Verbundpartnerschaft mit den Organisationen der Arbeitswelt (OdA) zur Förderung von Gesundheitsberufen aufgerufen. Der Bund entwickelt schweizweit eine einheitliche Bildungssystematik für Gesundheitsberufe. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf der Ausdifferenzierung der beruflichen Funktionen im Gesundheitswesen. Die Berufsprofile werden über alle Bildungsstufen hinweg, von der Grundbildung über die Höheren Fachschulen bis hin zu den Fachhochschulen und den Universitäten «massgeschneidert» und das nach dem Motto «Kein Abschluss ohne Anschluss» (= Durchlässigkeit).

Zum steigenden Bedarf an Pflegefachkräften haben wir folgende Fragen an den Staatsrat:

1. Wie schätzt der Staatsrat den Bedarf an Pflegefachkräften in den verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens im Kanton Freiburg kurz-, mittel- und langfristig ein?
2. Falls auch für den Kanton Freiburg ein steigender Bedarf oder gar ein Mangel an Pflegefachkräften zu erwarten ist, mit welchen Massnahmen antwortet der Staatsrat darauf?
3. Wurden im Kanton Freiburg bereits Massnahmen ergriffen, um die Attraktivität der Gesundheitsberufe zu steigern? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht? Was für Massnahmen sind allenfalls geplant?
4. Seit dem 1. Januar 2009 ist die neue Bildungsverordnung «Fachfrau/Fachmann Gesundheit» in Kraft. Fachangestellte Gesundheit werden in Zukunft eine tragende Rolle in der Gesundheitsversorgung einnehmen. Leider existiert diese Ausbildung für Deutschsprachige in unserem Kanton nicht. Warum? Wann wird dieser Berufsweg auch den deutschsprachigen Freiburgerinnen und Freiburgern in ihrem Kanton offen stehen?
5. Im Bereich niederschwellige Ausbildungen erarbeiten die beiden Dachorganisationen OdASanté und SAVOIRSOCIAL eine Bildungsverordnung «Eidgenössischer Berufsattest (EBA) Gesundheit und Soziales». Im Jahr 2012 wird dieser EBA auf nationaler Ebene flächendeckend eingeführt werden. Im Kanton Aargau läuft seit diesem Jahr ein Pilotversuch, die Kantone Baselland und Bern starten damit im Jahr 2011. Ist dieser Ausbildungsgang, der als zweijährige berufliche Grundbildung zum/zur Praktiker/in Gesundheit und Betreuung konzipiert ist, für den Kanton Freiburg auch geplant? Wenn ja, ab wann? Wenn nein, warum nicht?

6. Dem steigenden Personalbedarf stehen vielerorts fehlende Ausbildungsplätze in Pflegeinstitutionen gegenüber. Sieht sich auch der Kanton Freiburg mit diesem Dilemma konfrontiert? Wenn ja, welche Massnahmen hat der Staatsrat dagegen ergriffen? Was für Massnahmen sind allenfalls geplant? Wie steht es mit dem Angebot an Ausbildungsplätzen für deutschsprachige Lernende?

Den 22. Januar 2010

Antwort des Staatsrats

Der Staatsrat kann die Fragen der Grossräte Fasel und Beyeler wie folgt beantworten:

1. *Wie schätzt der Staatsrat den Bedarf an Pflegefachkräften in den verschiedenen Bereichen des Gesundheitswesens im Kanton Freiburg kurz-, mittel- und langfristig ein?*

Im Juni 2009 hat die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) eine Studie der GSK und der OdASanté (Nationale Dach-Organisation der Arbeitswelt Gesundheit) koordiniert, die sich mit den aktuellen Fördermassnahmen in den Kantonen befasste. Die Studie behandelte auch die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt. Sie zeigt, dass die Lage bezüglich der Personalrekrutierung im Gesundheitsbereich je nach Art der Institution unterschiedlich eingeschätzt wird. Während die Situation für das Freiburger Spitalnetz zufrieden stellend ist, melden das Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit, die Alters- und Pflegeheime sowie die Spitex eine angespannte Lage.

Für die kommenden Jahre gibt es keinen Grund, zu glauben, dass die Vorhersagen des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums nicht auch für den Kanton Freiburg gelten (Obsan-Bericht)¹. Dieses geht davon aus, dass in der ganzen Schweiz durchschnittlich 13 % mehr Pflegepersonal benötigt werden. Der zusätzliche Bedarf an Gesundheitspersonal im Kanton Freiburg sollte sogar noch höher sein.

Das vom Bundesamt für Statistik aufgestellte Bevölkerungsszenario (mittleres Szenario) zeigt, dass der Anteil der über 65-Jährigen im Kanton Freiburg zwischen 2006 und 2020 im Durchschnitt um 54 % zunehmen wird, während dieser Anstieg für die übrige Schweiz nur auf 34 % geschätzt wird. In der Kategorie der über 80-Jährigen wird mit einem Anstieg von etwa 33 % gerechnet, was mit den Zahlen für die ganze Schweiz vergleichbar ist.

Die Arbeitshypothesen des Obsan lauten ausserdem wie folgt:

- Der Anteil an Pflegebedürftigen nach Alter und Geschlecht nimmt im gleichen Verhältnis ab, wie die Lebenserwartung zunimmt. Mit anderen Worten: Alle zusätzlich gewonnenen Lebensjahre sind Jahre ohne Pflegebedarf.
- Der Bedarf nach intensiver Pflege wird sich nicht ändern, deren Dauer aber wird abnehmen.

Diese Arbeitshypothesen bestätigen die Hypothesen, auf die sich die Gesundheitsplanung des Kantons Freiburg abstützt, es sind dies die Spitalplanung vom März 2008 und die Planung der Langzeitpflege, die zurzeit in Vernehmlassung ist.

¹ Das Gesundheitsobservatorium hat im Februar 2009 einen Bericht mit dem Titel «Gesundheitspersonal in der Schweiz - Bestandesaufnahme und Perspektiven bis 2020» veröffentlicht.

Der Bedarf nach zusätzlichem Gesundheitspersonal wird wahrscheinlich noch höher ausfallen, wenn man den Personalbedarf der Rehabilitationsinstitutionen und der psychiatrischen Anstalten hinzurechnet, die nicht Gegenstand der Obsan-Studien waren, und wenn man den Bedarf nach beruflichem Nachwuchs und weitere Faktoren wie epidemiologische und soziodemografische Variablen berücksichtigt (Nationaler Bericht GDK – OdASanté)².

Nur eine eigens für den Kanton Freiburg durchgeführte Studie kann den Bedarf nach zusätzlichem Gesundheitspersonal genauer bestimmen.

2. *Falls auch für den Kanton Freiburg ein steigender Bedarf oder gar ein Mangel an Pflegefachkräften zu erwarten ist, mit welchen Massnahmen antwortet der Staatsrat darauf?*

Um auf einen Mangel schliessen zu können, müssen zuerst Angebot und Nachfrage beim Gesundheitspersonal verglichen werden.

Der Bericht der GDK und der OdASanté über den Personalbedarf in den Gesundheitsberufen vom Dezember 2009 vergleicht die Bedürfnisse mit dem zu erwartenden Angebot und schliesst auf einen Personalmangel in allen Gesundheitsberufen. Der Kanton Freiburg sollte jedoch ein höheres Angebot an Gesundheitspersonal als im Schweizer Durchschnitt aufweisen, denn die Altersklasse der 20- bis 64-Jährigen wird zwischen 2006 und 2020 um 11 % zunehmen, während sie im Landesdurchschnitt nur um etwa 4 % wachsen wird. Folglich wird der Mangel an Gesundheitspersonal auch den Kanton Freiburg treffen, sollte jedoch weniger ausgeprägt sein, da ein grösseres Potential zur Verstärkung des Gesundheitspersonals vorhanden ist. Am Ende werden die Spannungen auf dem Arbeitsmarkt aber in der ganzen Schweiz ähnlich ausfallen. Nur eine besondere Studie über die Lage im Kanton Freiburg kann Auskunft über das genaue Ausmass des Problems geben.

Im Anschluss an diesen Bericht haben die drei betroffenen Direktionen, das heisst, die Direktion für Erziehung, Kultur und Sport (EKSD), die Volkswirtschaftsdirektion (VWD) und die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) erste Massnahmen ergriffen. Die drei Direktionen haben eine Arbeitsgruppe damit beauftragt, gestützt auf eine vorgängige Studie über die zusätzlichen Bedürfnisse und den Mangel an Gesundheitspersonal im Kanton Freiburg einen Aktionsplan für den Kanton auszuarbeiten. Die Organisation der Arbeitswelt (OdA) des Kantons Freiburg für die Fachbereiche Gesundheit und Soziales, die 2008 geschaffen wurde und der alle Gesundheitseinrichtungen entweder direkt oder über ihre Dachorganisation beigetreten sind, nimmt an dieser Arbeitsgruppe teil.

Zurzeit werden je nach Bedarf punktuelle Massnahmen getroffen. Erwähnenswert sind insbesondere folgende Massnahmen:

- durch die Subventionierung der Gesundheitseinrichtung einen Anreiz zur Anstellung von Lernenden im Beruf Fachperson Gesundheit und Fachperson Betreuung geben;
- durch die Subventionierung der Gesundheitseinrichtung einen Anreiz zur Ausbildung von Erwachsenen geben;

² Die GDK und die OdASanté haben im Dezember 2009 einen «Nationalen Versorgungsbericht für die Gesundheitsberufe» veröffentlicht. Dieser Bericht stützt sich auf den Bericht des Obsan, gibt jedoch ein differenzierteres und vollständigeres Bild. Im Bericht wird auch darauf hingewiesen, dass der Bedarf nach Gesundheitspersonal noch von weiteren Faktoren beeinflusst wird (Produktivität, Effizienz sowie epidemiologische und soziodemografische Variablen).

- Vorstellung der Gesundheitsberufe durch die Schulen im Rahmen der Berufsmessen (START);
- Organisation von «Tagen der offenen Tür» durch die Schulen und Gesundheitseinrichtungen;
- Integration der Fachpersonen Gesundheit und der Fachpersonen Betreuung in das Pflege- und Betreuungspersonal der Gesundheitseinrichtungen.
- Erhöhung der Aufnahmekapazität der Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR) auf das Studienjahr 2009;
- Einführung der Fachmaturität Berufsfeld Gesundheit auf den Schulbeginn 2010.

Weiter organisiert die OdA Informationssitzungen in den Bezirken, um die Lehren zur Fachperson Gesundheit und zur Fachperson Betreuung bekannt zu machen.

Diese Aktionen müssen jedoch Bestandteil einer koordinierten Planung sein.

Weitere Massnahmen müssen ebenfalls geplant werden. So gilt es, für die Ausbildung in Gesundheitsberufen zu werben, das Personal länger im Berufsleben zu halten (Verlängerung der Berufstätigkeit), Personen, die ihre Berufstätigkeit unterbrochen haben, in die Arbeitswelt wieder einzugliedern und Umschulungen zu begünstigen. Das neue Gesetz über die Pensionskasse des Staatspersonals (PKG), das zurzeit in der Vernehmlassung ist, wird – sofern es von Grossen Rat verabschiedet wird – eine Berufstätigkeit über 65 Jahre hinaus ermöglichen (bis 67 Jahre). Dies zeigt, dass der Staatsrat die Bevölkerungsentwicklung und die künftigen Probleme zur Rekrutierung von Staatspersonal auf einem stärker umkämpften Arbeitsmarkt (mangels junger Arbeitskräfte) ernst nimmt und gut ausgebildeten und noch rüstigen Personen die Möglichkeit gibt, weiterzuarbeiten.

Ein weiterer Punkt, den es zu vertiefen gilt, ist die Einsatzoptimierung des bestehenden Personals, indem die Arbeitsorganisation überprüft und die Zusammensetzung der Teams angepasst wird. In diesem Zusammenhang hat die EKSD für die subventionierten Gesundheitseinrichtungen eine Sitzung organisiert, an der das Instrument des «Skill- and Grademix» vorgestellt wurde, das helfen soll, die Zusammensetzung des idealen Teams zu bestimmen und so die Effizienz des vorhandenen Personals zu verbessern. Falls die Gesundheitseinrichtungen sich für dieses Instrument interessieren, ist die EKSD bereit, zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen ein derartiges Instrument eingeführt werden kann (Projektorganisation, Finanzierung, ...).

3. *Wurden im Kanton Freiburg bereits Massnahmen ergriffen, um die Attraktivität der Gesundheitsberufe zu steigern? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht? Was für Massnahmen sind allenfalls geplant?*

Einleitend ist zu erwähnen, dass die Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Gesundheitspersonal struktureller Natur sind. Es scheint, dass das Lohnniveau und die Anstellungsbedingungen (mehr Ferientage wurden gewährt und die Entschädigungen für Nacharbeit wurden schrittweise in Form von Zeitausgleich erhöht) keine ausschlagende Rolle spielen. Die gebotenen Arbeitsbedingungen sind jedenfalls gut und durchaus mit denen anderer Kantone vergleichbar.

Ausserdem wurden die meisten Funktionen im Pflegebereich bereits durch Evalfri (Bewertung der Funktionen des Freiburger Staatspersonals) bewertet. Dies hat es erlaubt, bestimmte Funktionen in eine höhere Klasse einzustufen (insbesondere Fachperson Gesundheit, Pflegefachperson, Pflegefachperson mit Fachausbildung und die leitenden Funktionen im Pflegebereich). Zurzeit werden weitere Funktionen einer

Bewertung unterzogen (Hauspfleger/in, Krankenpfleger/in, ...). Diese Massnahme sollte ebenfalls dazu beitragen, die Attraktivität der Gesundheitsberufe zu steigern.

Einführung der beruflichen Grundbildung zur Fachperson Gesundheit

Im Bereich der beruflichen Grundbildung wurde ab 2002 eine starke Partnerschaft zwischen den betroffenen Direktionen (EKSD, VWD, GSD) aufgebaut, um die Einführung der beruflichen Grundbildung zur Fachperson Gesundheit zu erleichtern. Zwischen 2002 und 2008 richtete sich die Ausbildung nach der Bildungsverordnung des Schweizerischen Roten Kreuzes und seit dem Schulanfang 2009 nach der eidgenössischen Bildungsverordnung des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie. Es galt, diese neue Ausbildung auf der Sekundarstufe II – es handelt sich also um eine Lehre – in der Palette der Gesundheits- und Pflegeberufe klar zu positionieren. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass das Bundesgesetz über die Berufsbildung (BBG), das am 1. Januar 2004 in Kraft getreten ist, neu auch für die Ausbildungen im Bereich Gesundheit und Soziales gilt. Dieser Paradigmenwechsel hat die Einführung dieser Ausbildungen nicht vereinfacht.

Da die Lehre als Fachperson Gesundheit auf diesem Fachgebiet neu ist, hat sich der Kanton Freiburg wie die anderen Westschweizer Kantone dafür entschlossen, die Ausbildung in Partnerschaft mit der Krankenpflegeschule nach dem System der Schule mit Praktikum durchzuführen, um die Ausbildung ab 2002 anbieten zu können. Um den Transfer der Lehre zur Fachperson Gesundheit von der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport zur Volkswirtschaftsdirektion sicherzustellen, wurde eine Steuergruppe aufgestellt. So konnte die neue Berufsfachschule Soziales-Gesundheit in Posieux die Ausbildungen und die Entwicklung des Gesundheitsbereichs ab 2005 übernehmen und ab 2006 mit dem sozialen Bereich starten. Die Steuergruppe hat dem Staatsrat im März 2006 einen Bericht zu diesem Gegenstand vorgelegt. Im deutschsprachigen Kantonsteil wurde von Anfang an die duale Ausbildung privilegiert, da in den dortigen Berufskreisen diese Ausbildungsform besser bekannt und akzeptiert ist. Generell ist das duale Berufsbildungssystem in der Deutschschweiz stärker verankert als in der Westschweiz und im Tessin.

Einführung der Fachmaturität Berufsfeld Gesundheit in den Fachmittelschulen

Der Bildungsgang zur Fachmaturität Berufsfeld Gesundheit wird ab dem Schuljahr 2010/11 angeboten und zwar auf Französisch und Deutsch an der Fachmittelschule Freiburg (FMSF), und auf Französisch am Collège du Sud in Bulle und am Gymnase intercantonale de la Broye (GYB) in Payerne. Ab 2011 werden nämlich nur noch Inhaber einer Berufsmaturität, einer Fachmaturität oder einer gymnasialen Maturität in eine Fachhochschule im Bereich Gesundheit aufgenommen werden. Alljährlich setzen rund hundert Absolventinnen und Absolventen unserer Fachmittelschulen ihre Ausbildung an einer Hochschule im Bereich Gesundheit fort, insbesondere an der HfG-FR. Um diesen Schülern künftig den Zugang zu den Hochschulen zu ermöglichen, war es nötig, ihnen eine Ausbildung zur Erlangung einer Fachmaturität in Ergänzung des Fachmittelschulabschlusses anzubieten. Dieser Bildungsgang bietet einen Mehrwert und steigert die Attraktivität der Ausbildung an einer Fachmittelschule. Er umfasst einerseits eine praktische und theoretische Ausbildung an der HfG-FR (ehemaliges Vorbereitungsjahr), Praktika in einer Institution des Gesundheitswesens und das Erstellen einer Fachmaturitätsarbeit. Die im Kanton Freiburg angebotene Fachmaturität Berufsfeld Gesundheit, wird der EDK zur Anerkennung unterbreitet werden, damit sie von allen Fachhochschulen Gesundheit der Schweiz anerkannt wird.

Einführung der Ausbildung zum Bachelor of Science HES-SO in Pflege an der Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR)

Gestützt auf die interkantonale Vereinbarung über die Errichtung der Fachhochschule Westschweiz für Gesundheit und Soziale Arbeit wurde die damalige Krankenpflegeschule in die Hochschule für Gesundheit Freiburg (HfG-FR) umgewandelt. Damit ist die Ausbildung in Krankenpflege zu einer Ausbildung auf FH-Stufe geworden. Die ersten FH-Diplome in Krankenpflege wurden 2006 ausgestellt und die ersten Bachelors of Science HES-SO im Jahre 2009. Die Ausbildung im Bereich der Pflege schliesst also mit einem international anerkannten Titel ab, der den Beruf aufwertet und der den Diplomandinnen und Diplomanden eine Karriere ermöglicht, da er Zugang zu verschiedenen, darauf aufbauenden Bildungsgängen gibt. Dass die Ausbildung nun auf FH-Stufe angeboten wird, hat das Interesse an der Ausbildung und am Beruf verstärkt; dies zeigt auch die stetig steigende Zahl der Gesuche um Zulassung an die HfG. So konnte die HfG-FR 2008 rund zwanzig zusätzliche Studierende aufnehmen.

Förderung

Wie bereits in der Antwort auf die Frage Nr. 2 erwähnt, hat das Amt für Berufsbildung intensiv mit der Direktion für Gesundheit und Soziales zusammengearbeitet, um die Lehrbetriebe anzuspornen, sich an diesem neuen Ausbildungsangebot zu beteiligen. Seit September 2008 können ausserdem die kantonalen Behörden und die Fachpersonen im Gesundheits- und Sozialbereich auf die starke Partnerschaft mit der Organisation der Arbeitswelt (OdA) des Kantons Freiburg für die Fachbereiche Gesundheit und Soziales zählen. Es gehört nämlich zu ihren Aufgaben, die Berufe, die sie vertritt, zu fördern. Vor der Gründung der OdA Gesundheit und Soziales am 30. September 2008 wurde die Förderung der Gesundheitsberufe hauptsächlich durch den Kanton und insbesondere durch die betroffenen Direktionen, ihre Dienststellen und Schulen sichergestellt. Die OdA Gesundheit und Soziales Freiburg hat in Zusammenarbeit mit dem Kanton in beiden Fachbereichen zahlreiche Förderaktionen durchgeführt, die teils noch laufen, teils bereits abgeschlossen sind. Eine der jüngsten Aktionen des Amts für Berufsbildung bestand darin, am Rande der Lehrstellenkonferenz vom 26. Oktober 2009 die OdA Gesundheit und Soziales Freiburg anzuspornen, Lehrbetriebsverbände zu bilden, um das Lehrstellenangebot zu vergrössern. Das Amt sprach ihr dafür seine Unterstützung und die des Bundes zu.

Jedes Jahr organisiert die Berufsfachschule Soziales-Gesundheit eine öffentliche Informationsveranstaltung, die immer mehr Anklang findet. Im Jahre 2009 wurden bei der Berufsfachschule Soziales-Gesundheit 167 Aufnahmegesuche eingereicht, während 65 Lehrstellen nach dem System der Schule mit Praktikum zur Verfügung stehen. Die OdA Gesundheit und Soziales Freiburg hat 2009 in Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung und der Berufsfachschule Soziales-Gesundheit drei Informationssitzungen für die Gesundheitseinrichtungen durchgeführt, um den Ausbau der dualen Ausbildung zur Fachperson Gesundheit zu fördern, die Gesundheitseinrichtungen über die neue Bildungsverordnung zu informieren und sie anzuspornen, Lernende anzustellen.

Diese Berufsfelder konnten ferner von verschiedenen Veranstaltungen profitieren, wie etwa vom 3. Nationalen Spitaltag am 19. September 2009 und der Berufsmesse vom 20. bis 25. Januar 2009, an der die Berufsfachschule Soziales-Gesundheit mit interaktiven Ständen vertreten war. Die nächste Berufsmesse findet vom 8. bis 13. Februar 2011 statt. Sofern sie dafür einen besonderen finanziellen Beitrag erhält, ist die OdA Gesundheit und Soziales Freiburg bereit, sich an dieser wichtigen kantonalen Veranstaltung zusammen mit der Berufsfachschule Soziales-Gesundheit und den betroffenen Fachhochschulen zu beteiligen.

Das Amt für Berufsbildung hat ausserdem an der Vollversammlung des Amts für Berufsberatung und Erwachsenenbildung im November 2009 ein Referat gehalten, um die verschiedenen Ausbildungswege sowie die Anforderungen und die Organisation der Ausbildungsgänge in den Bereichen Gesundheit und Soziales vorzustellen. Die Berufsberaterinnen und -berater müssen auf zahlreiche Fragen von Schülerinnen und Schülern der Orientierungsschulen, aber auch von ungelernten Erwachsenen antworten, die in den kantonalen Einrichtungen arbeiten oder die nach einer Möglichkeit zur beruflichen Umschulung suchen.

Um die Qualität der betrieblichen Ausbildung sicherzustellen, organisierte das Amt für Berufsbildung von Februar bis März 2010 zwei spezifische Kurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner, die die OdA Gesundheit und Soziales Freiburg mit einem Weiterbildungstag ergänzt hat. So haben 35 Berufsbildnerinnen und Berufsbildner im Frühjahr 2010 einen Ausweis erhalten. Dieser eidgenössische Ausweis ist eine der Voraussetzungen, um eine Bildungsbewilligung zu erhalten.

Die HfG-FR ihrerseits organisiert dieses Jahr mehrere Informationssitzungen, um ihre Ausbildung insbesondere in den Schulen der Sekundarstufe II zu präsentieren (allgemeinbildende Schulen und Gymnasien). Sie pflegt ferner enge Kontakte mit der Berufsfachschule Soziales-Gesundheit für die Beratung der Lernenden mit einer Berufsmaturität, die sich für einen Bachelor in Pflege interessieren. Sie nimmt auch an der Berufsmesse Start teil. Das jährliche Treffen mit den Partnern (Spitäler und Kliniken, Alters- und Pflegeheime, Spitex sowie weitere Sozial- und Gesundheitseinrichtungen) stärkt die Partnerschaft zwischen der Schule und den Gesundheitseinrichtungen und erlaubt es, Fragen in Verbindung mit der praktischen Ausbildung zu besprechen.

Qualifikationsverfahren und Anerkennung von Bildungsleistungen

Die Bildungsverordnungen der Bereiche Gesundheit und Soziales sind die einzigen, die eine standardisierte verkürzte Ausbildung für Personen mit nachgewiesener Berufserfahrung vorschlagen. Ab dem Schulbeginn 2010 und sofern ausreichend Anmeldungen für die Eröffnung einer Klasse eingehen, können die interessierten Personen von diesem Angebot profitieren, um ihre Bildungsleistungen im Bereich Betreuung anerkennen zu lassen.

Die OdA Gesundheit und Soziales Freiburg hat sich für die Anerkennung von Bildungsleistungen stark gemacht. Das Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung ist mit der Entwicklung und der Koordination dieses Projekts beauftragt. Es arbeitet hierfür mit der OdA Gesundheit und Soziales Freiburg und dem Amt für Berufsbildung zusammen. Ein Plan wurde aufgestellt, der es interessierten Personen erlaubt, sich ab Herbst 2010 gestützt auf eine standardisierte Formel ausbilden zu lassen, um auf diesem Weg ein EFZ im Sommer 2012 zu erlangen. Am 5. März 2010 haben bereits 33 Personen ihr Interesse beim Amt für Berufsberatung und Erwachsenenbildung angemeldet.

Ausserdem haben sich mehrere Kandidatinnen und Kandidaten – ohne Lehrvertrag – gestützt auf Artikel 32 der eidgenössischen Berufsbildungsverordnung, der eine 5-jährige Berufserfahrung verlangt, zum Qualifikationsverfahren angemeldet. Ausserdem bietet die Berufsfachschule Soziales-Gesundheit eine Zusatzausbildung für Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten, die ein EFZ als Fachperson Gesundheit erlangen möchten. Im Rahmen dieses Angebots haben bereits 43 Personen das EFZ erlangt, 56 sind in Ausbildung und werden das Qualifikationsverfahren bis 2012 absolvieren und über 30 Personen haben sich gemeldet, um die Prüfungen ab 2013 zu absolvieren.

Aktuelle Lage

Der Kanton Freiburg zählt zurzeit 29 Einrichtungen, die über eine Bewilligung zur Ausbildung von Fachpersonen Gesundheit im dualen System verfügen, 14 davon für den deutschsprachigen Kantonsteil. Sechs Gesuche um Bildungsbewilligung aus dem französischsprachigen Kantonsteil durchlaufen zurzeit das Bewilligungsverfahren. Es ist zu erwähnen, dass die Bildungsbewilligung je nach der Zahl der Fachpersonen, die in der betreffenden Einrichtung beschäftigt sind, die Erlaubnis zur Ausbildung mehrerer Lernender gibt.

177 französischsprachige Personen sind zurzeit in Ausbildung zur Fachperson Gesundheit, 174 davon in einer Schule mit Praktikum (90 % Frauen). Bei den deutschsprachigen Personen absolvieren zurzeit 10 Frauen eine 3-jährige Ausbildung im dualen System und 16 eine auf 2 Jahre verkürzte Ausbildung.

An der HfG-FR sind über 300 Studierende in Ausbildung. Im Jahre 2009 organisierte die HfG etwa 550 Praktika (17 070 Tage) verteilt auf 69 Institutionen. Diese Institutionen haben eine Vereinbarung mit der HES-SO abgeschlossen. Die Ausbildung wird Französisch, Deutsch und zweisprachig angeboten.

Auf den Schulbeginn 2009 wurden 22 Kandidatinnen und Kandidaten mit einem EFZ als Fachperson Gesundheit und einer Berufsmaturität zum Bachelorstudiengang zugelassen. Dieser neue Ausbildungsweg ist für die jungen Freiburgerinnen und Freiburger besonders interessant.

Verlängerung des Ausbildungsangebots für Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten

Auf Antrag der Vereinigung Freiburgerischer Alterseinrichtungen hat der Kanton die vom Schweizerischen Roten Kreuz anerkannte Ausbildung als Pflegeassistentin oder Pflegeassistent von 2008 bis 2012 für eine Klasse von etwa 25 Personen pro Jahr verlängert. Dieses Angebot, das von der Berufsfachschule Soziales-Gesundheit sichergestellt wird, erlaubt es den Freiburger Institutionen, ihre Weiterbildungspolitik für diese Personalkategorie fortzusetzen, bis die Verordnung über die zweijährige Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest in Kraft tritt. Diese gemeinsame Ausbildung der Fachbereiche Gesundheit und Soziales wird voraussichtlich ab 2012 eingeführt werden. Die Absolventinnen und Absolventen des ersten Jahrgangs seit der Verlängerung haben den Berufsausweis des Schweizerischen Roten Kreuzes am 15. April 2010 erlangt.

4. *Seit dem 1. Januar 2009 ist die neue Bildungsverordnung «Fachfrau/Fachmann Gesundheit» in Kraft. Fachangestellte Gesundheit werden in Zukunft eine tragende Rolle in der Gesundheitsversorgung einnehmen. Leider existiert diese Ausbildung für Deutschsprachige in unserem Kanton nicht. Warum? Wann wird dieser Berufsweg auch den deutschsprachigen Freiburgerinnen und Freiburgern in ihrem Kanton offen stehen?*

Aktuelle Lage

Im Einvernehmen mit der OdA Gesundheit und Soziales Freiburg und den Lehrbetrieben wird den deutschsprachigen Lernenden, die eine Ausbildung zur Fachperson Gesundheit absolvieren möchten, nur das duale System angeboten. 7 deutschsprachige Personen haben seit 2005 das EFZ erlangt.

Die deutschsprachigen Lernenden besuchen den Berufsschulunterricht an der Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule in Bern.

26 deutschsprachige Lernende, die die Lehre als Fachpersonen Gesundheit im dualen System absolvieren, besuchen im Schuljahr 2009/10 den Unterricht in einer Berufsfachschule ausserhalb unseres Kantons (Bern). Die damit verbundenen Kosten zulasten unseres Kantons belaufen sich auf 184 600 Franken (26 × 7100 Franken).

8 deutschsprachige Lernende, die die Lehre als Fachperson Betreuung im dualen System absolvieren, besuchen im Schuljahr 2009/10 ebenfalls den Unterricht in einer Berufsfachschule ausserhalb unseres Kantons (Luzern und Bern). Die damit verbundenen Kosten zulasten unseres Kantons belaufen sich auf 56 800 Franken (8 × 7100 Franken).

Die gesamten Kosten für die 34 deutschsprachigen Lernenden, die den Unterricht im Bereich Gesundheit und Betreuung ausserhalb des Kantons besuchen beläuft sich folglich für das Schuljahr 2009/10 auf 241 400 Franken.

Seit die Berufsfachschule Soziales-Gesundheit ihre Türen mit Unterstützung des Bundes geöffnet hat, ist vorgesehen, den Unterricht in beiden Sprachen des Kantons anzubieten, sofern die Schülerbestände ausreichen. Doch die Zahl der abgeschlossenen Bildungsverträge hat es bisher nie erlaubt, eine Klasse zu eröffnen.

Schulbeginn 2010

Es ist vorgesehen, zwei Klassen für die dreijährige Ausbildung zur Fachperson Gesundheit im schulischen System mit Praktikum, eine Klasse im dreijährigen dualen System, eine Klasse im zweijährigen verkürzten dualen System und eine Klasse für die Zusatzausbildung von Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten für insgesamt etwa 100 französischsprachige Lernende zu eröffnen.

Für die deutschsprachigen Lernenden ist vorgesehen, eine Klasse für die dreijährige Ausbildung zur Fachperson Gesundheit im dualen System zu eröffnen. Da die auf zwei Jahre verkürzte Ausbildung nicht mehr lange angeboten wird, bleibt sie in der Berner Berufsfachschule. 9 deutschsprachige Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten werden 2010 das Qualifikationsverfahren absolvieren.

Die Kandidatinnen und Kandidaten unterschätzen oft die schulischen Anforderungen der Lehre als Fachperson Gesundheit. Dies erklärt teilweise die Begeisterung der Jugendlichen für diesen Beruf.

Die kantonale OdA hat am 9. November 2009 zusammen mit dem Amt für Berufsbildung und der Berufsfachschule Soziales-Gesundheit eine Informationssitzung für die deutschsprachigen Gesundheitseinrichtungen in Tavers organisiert. Rund 30 aktive oder potentielle Berufsbildnerinnen und Berufsbildner haben mit Interesse daran teilgenommen.

5. *Im Bereich niederschwellige Ausbildungen erarbeiten die beiden Dachorganisationen OdASanté und SAVOIRSOCIAL eine Bildungsverordnung «Eidgenössischer Berufsattest (EBA) Gesundheit und Soziales». Im Jahr 2012 wird dieser EBA auf nationaler Ebene flächendeckend eingeführt werden. Im Kanton Aargau läuft seit diesem Jahr ein Pilotversuch, die Kantone Baselland und Bern starten damit im Jahr 2011. Ist dieser Ausbildungsgang, der als zweijährige berufliche Grundbildung zum/zur Praktiker/in Gesundheit und Betreuung konzipiert ist, für den Kanton Freiburg auch geplant? Wenn ja, ab wann? Wenn nein, warum nicht?*

In Absprache mit seinen Partnern, darunter insbesondere der OdA Gesundheit und Soziales Freiburg, hat der Kanton Freiburg beschlossen, kein Pilotprojekt zu starten, da dessen Resultate die neue Verordnung, die voraussichtlich 2012 in Kraft treten wird, nicht oder kaum beeinflussen werden. Mit der gleichzeitigen Einführung verschiedener Massnahmen wie das duale System für die Französischsprachigen, das verkürzte Ausbildungsangebot, die Entwicklung des Projekts für die Anerkennung von Bildungsleistungen, die Fortsetzung der Zusatzbildung für Pflegeassistentinnen und Pflegeassistenten und die Bemühungen, den Unterricht der deutschsprachigen Lernenden zurück in den Kanton zu holen, wären ausserdem die Voraussetzungen für die Durchführung eines derartigen Projekts nicht ideal gewesen. Die verschiedenen Einrichtungen werden durch diese Umwälzungen schon jetzt stark beansprucht.

Im Übrigen wird, wie bereits weiter oben erwähnt, die Ausbildung des Schweizerischen Roten Kreuzes zur Pflegeassistentin oder zum Pflegeassistent im Kanton verlängert, bis 2012 die zweijährige Ausbildung mit Berufsattest eingeführt wird, so dass die Einrichtungen im Kanton ihre berufsbegleitende Bildungspolitik fortsetzen können. Diese Verlängerung geht auf einen Antrag der Vereinigung Freiburgischer Alterseinrichtungen zurück, der von der EKSD, der VWD und der GSD gutgeheissen wurde. Der berufliche Unterricht wurde der Berufsfachschule Soziales-Gesundheit in Posieux anvertraut. Die rund 25 Absolventinnen und Absolventen dieses ersten Jahrgangs haben den Berufsausweis des Schweizerischen Roten Kreuzes am 15. April 2010 erlangt.

Die Umsetzung der Bildungsverordnung zum Eidgenössischen Berufsattest Gesundheit und Soziales ist auf den Schulbeginn 2012 vorgesehen. Der Unterricht wird an der Berufsfachschule Soziales-Gesundheit in Posieux in beiden Sprachen angeboten, sofern genügend Anmeldungen erfolgen. Die OdA Gesundheit und Soziales Freiburg ist bereit, sich für die Entwicklung dieser Ausbildung in beiden Fachgebieten einzusetzen. Es ist erwähnenswert, dass sich die Vertreter der Arbeitswelt des Kantons Freiburg in diesem Bereich stark engagieren, da ihr Präsident gleichzeitig Vizepräsident der nationalen Reformkommission ist, die diese Ausbildung einführt.

Die Lehrbetriebe, die Fachpersonen Gesundheit ausbilden, und jene, die Fachpersonen Betreuung ausbilden – mit Ausnahme der Kindertagesstätten, die die nationale OdA nicht in das Projekt integrieren wollte – werden die Möglichkeit haben, Lernende in diesem neuen Beruf auszubilden. Die Anforderungen an diesen Beruf werden bekannt sein, sobald die Verordnung in die Vernehmlassung geht, das heisst im Laufe des Jahres 2010.

6. *Dem steigenden Personalbedarf stehen vielerorts fehlende Ausbildungsplätze in Pflegeinstitutionen gegenüber. Sieht sich auch der Kanton Freiburg mit diesem Dilemma konfrontiert? Wenn ja, welche Massnahmen hat der Staatsrat dagegen ergriffen? Was für Massnahmen sind allenfalls geplant? Wie steht es mit dem Angebot an Ausbildungsplätzen für deutschsprachige Lernende?*

Aktuelle Lage

Was die berufliche Grundbildung betrifft, so ist das Lehrstellenangebot zurzeit ausgelastet. Die Berufsfachschule Soziales-Gesundheit Freiburg hat die OdA Gesundheit und Soziales Freiburg an ihrer Sitzung vom Januar 2010 über das Dilemma informiert, in dem sie bei der Suche nach Praktikumsplätzen steckt. Die Institutionen werden nämlich von den regionalen Arbeitsvermittlungszentren, von Personen, die sich umschulen möchten, und von Praktikantinnen und Praktikanten aus allgemeinbildenden und höheren Schulen sowie den Fachhochschulen stark in Anspruch genommen.

Die Zusammenarbeit mit den Gesundheitseinrichtungen, insbesondere hinsichtlich der Praktika, wird auf Fachhochschulstufe durch Vereinbarungen zwischen der Einrichtung, der HfG und der HES-SO geregelt. Diese Zusammenarbeit funktioniert gut und hat es erlaubt, eine echte Partnerschaft aufzubauen, bei der die Praxisausbilderinnen und Praxisausbilder eine entscheidende Rolle spielen. Es sind dies Fachpersonen, die in der Einrichtung tätig sind und die die Studierenden der FH während ihrem Praktikum betreuen. Ihre Ausbildung und ein Teil ihrer Betreuungstätigkeit werden von der HES-SO über einen Fonds für die Praxisausbildung finanziert. Diese Personen spielen ebenfalls eine Rolle in den Kursen und bei der Evaluation der Studierenden (geteilte Verantwortung). Die Praktikumsperioden werden von den Westschweizer Verantwortlichen für die Praxisausbildung gestützt auf den Rahmenlehrplan für die 3000 Studierenden des Studiengangs Pflege festgelegt. Die HfG organisiert auch Praktika in deutschsprachigen Kantonen, insbesondere in den Kantonen Bern und Zürich.

Kurzfristige Aussichten

Anlässlich der Einführung des dualen Systems hat die OdA Gesundheit und Soziales Freiburg zusammen mit der Berufsfachschule eine Umfrage bei den Institutionen des Kantons durchgeführt. Diese Umfrage hat deutlich gezeigt, dass grosse Anstrengungen gemacht, respektive Massnahmen getroffen werden müssen, damit neue Lehrstellen nach dem dualen System in Lehrbetrieben geschaffen werden.

Die GSD hat verschiedene Massnahmen getroffen, um die Institutionen mittels Subventionen zur Ausbildung von Gesundheitspersonal anzuspornen. Zurzeit prüft sie die Möglichkeit, einen Ausbildungszwang für alle Einrichtungen, ob privat oder öffentlich, ob subventioniert oder nicht, einzuführen.

Aufgrund dieser Darlegungen stellt der Staatsrat fest, dass verschiedene Massnahmen bereits umgesetzt wurden. Die einen zielen drauf ab, die Berufe im Gesundheitsbereich attraktiv zu machen – was sie übrigens schon sind – insbesondere auch die neue Lehre zur Fachperson Gesundheit und die Fachmaturität Berufsfeld Gesundheit. Mit den anderen Massnahmen soll das Angebot an Ausbildungsplätzen, Lehrstellen und Praktikumsplätzen erhöht werden, um dem Mangel an Pflegepersonal entgegenzuwirken, der eine ständige Sorge des Staatsrats ist.

Es gibt aber noch andere Massnahmen, die es wert sind, geprüft und allenfalls umgesetzt zu werden. Ausserdem müssen die Massnahmen geplant und miteinander koordiniert werden. Dies wird der Aktionsplan ermöglichen, den die von den drei Direktionen des Staatsrats (EKSD, VWD, GSD) beauftragte Arbeitsgruppe gestützt auf eine vorgängige Studie über die Bedürfnisse im Kanton Freiburg ausarbeiten wird.

Freiburg, 21. Juni 2010